**Allgemeine Zeitung, Ausgabe Kreis Bingen. Neuer Mainzer Anzeiger. Freitag, 9. Mai 1947.**

**Hier sprechen die Parteien zur Wahl**

**DP – Verstaatlichung und Sozialisierung**

Von A. Steger, Mitglied der Beratenden Landesversammlung

Überall in der Welt drängen soziale und wirtschaftliche Forderungen zur Verwirklichung. Überall ist man auf der Suche nach einer neuen Ordnung und Worte, wie Verstaatlichung, Sozialisierung, Nationalisierung, Kommunalisierung begegnen uns täglich. Sie werden von Menschen gebraucht, die sie wahllos durcheinanderwerfen; von Wenigen, die ihre Bedeutung zu unterscheiden wissen; von Vielen, die aus Feindschaft zum Privateigentum sprechen; von anderen, die diese Gegnerschaft für unsinnig hakten und schließlich auch von einer Gruppe, die zwischen den Extremen steht und mit Herz und Verstand einen Ausgleich sucht,

Zu dieser Gruppe zählen auch wir. Sonst könnten wir uns nämlich auf die Feststellung beschränken, daß unser Land weder über Industrien noch Güter verfügt, die reif sind zur Enteignung; daß alles, was verstaatlich werden konnte, längst verstaatlicht sei: Eisenbahn und andere Verkehrsmittel wie die Post mit Telegraph, Telephon und Radio, das ganze Sparkassenwesen. Wir könnten darauf hinweisen, daß Wasser, Gas und Elektrizität längst der privaten Initiative entzogen seien. Nicht nur sie, a l l e s , was für den eigentlichen Lebensunterhalt benötigt wird: Brot, Fleisch, Milch, usw., ferner Heizung, Wohnung, Kleider, Stoffe. Wir könnten sagen, saß das alles ja von der Hand des Staates reguliert werde, daß St. Bürokratien allabendlich am Schreibtisch des Kaufmanns hocke und auffordern, zunächst einmal d a s gemeinschaftlich zu bewirtschaften, was wir wirklich h a b e n , nämlich die Not!

Im Blick auf unser Land begnügen diese Feststellungen durchaus. Wir scheuen uns nicht, sie auszusprechen, und, falls man uns dennoch Objekte nachweist, die in ihrer jetzigen Form das Gemeinwohl „gefährden“, zu verlangen, daß keine Experimente gemacht werden. Glaubt man, in der Verfassung von Rheinland-Pfalz dem Vorbild Hessens folgen zu sollen, dann mache man es hier besser als dort. Dort sind nämlich wohl die Produktionsgruppen abgegrenzt, aber es ist nicht gesagt, ob auch die kleineren und mittleren Betriebe mit einbezogen werden. Dort ist auch die Frage offen geblieben, in welcher Form die enteigneten Besitzer entschädigt werden. Ebensowenig hört man, ob schon Klarheit über die F o r m der Sozialisierung besteht. Wir jedenfalls fordern Entschädigung der enteigneten Besitz, denn Unrecht wird nicht zum Recht durch ein Mäntelchen, wie es heutzutage allzugleich benutzt wird. Und was wir s o n s t fordern, ergibt sich aus unserer grundsätzlichen Stellungnahme zu diesem Problem. Darüber nachstehend einige Worte.

Es ist richtig, daß die Gesellschaft aufgespalten ist in Besitzende und Nicht-Besitzende, und es ist wohl der Mühe wert, sich Gedanken darüber zu machen, wie diese Spaltung nach Möglichkeit überwunden werden kann.

Sie kann nur überwunden werden durch Ausgleich, und Ausgleich kann nur bedeuten, daß der jetzt noch Nicht-Besitzende an den Besitz herangeführt, daß ihm die Möglichkeit geboten wird, Besitz zu erwerben.

Soll dieser Weg gegangen werden, so gehen wir ihn mit, auch dann, wenn er Opfer fordert, denn wir stehen auf dem Boden des Privateigentums und werden nicht nachlassen, den Standpunkt zu vertreten, daß Eigentum ein Naturrecht sei, ein Recht, auf das jeder Mensch unangreifbaren Anspruch hat, und daß keine noch so größeren Not dieses Recht zu erschüttern vermag. Für uns bleibt bestehen, daß sich nur auf dem Boden des Privateigentums die freie, sich selbst gehörende Persönlichkeit entwickelt.

Dieser Standpunkt verteidigt nicht nur den, der Besitz hat, er fordert ihn auch für den, der ihn nicht oder noch nicht hat, und ohne Persönlichkeiten, die nicht nur die Gabe, sondern auch die Möglichkeiten haben, frei zu schaffen, kommen wir nicht wieder hoch.

Wir fordern also, daß die Männer, die an die Stelle der Enteigneten treten sollen, einen direkten, einen unmittelbaren Vorteil daraus haben; sie, also die Arbeitnehmer, nicht etwa der Staat oder die Allgemeinheit oder die Organisationen oder sonstwer, und es sind deshalb die entsprechenden Organisationsformen zu entwickeln, zu debattieren , zu prüfen, ehe man ans Werk geht.

Verstaatlicht und Sozialisierung schlechthin machen den Armen noch nicht zum Reichen, und derjenige, der abgeben soll, hat wohl auch das Recht zu fragen, wem denn nun sein Opfer zugute komme. Er hat keine Veranlassung, es dem Staat zu bringen, wenn an die Stelle des Privatkapitalismus der Staats-Kapitalismus oder Staats-Sozialismus treten soll, der schließlich nicht nur ihn, sondern auch seinen „Nachfolger“ verzehrt. Man blicke nach Osten, wo an die Stelle des privaten Konzerns der weitaus größere staatliche tritt.

Solche Verstaatlichung bzw. Verstaatlichung überhaupt lehnen wir grundsätzlich ab. Der Staat als Unternehmer wird zum Gegenspieler des Werktätigen, zur Bedrohung für alle. Haben wir das etwa nicht erlebt? Soll es wiederholt werden?

Verstaatlichung unterhöhlt die Privatinitiative, die Bewegungsfreiheit, ja, die Demokratie, während Sozialisierung nur auf dem Boden der Demokratie möglich ist.

Damit ist gesagt, daß die Sozialisierung etwas wesentlich anderes ist als die Verstaatlichung und sie kann angewendet werden, wenn Betriebe des Bergbaues, der Grundstoffindustrien, der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens sozialisiert, d. h. in denBesitz der Gemeinschaft - nicht des Staates! - überführt werden sollen.

Diese Sozialisierung kann verschiedene Arten haben, aber welche Art man auch wählen möge, - es wird entscheidend darauf ankommen, w i e produziert und verwaltet wird.

Daß wir der privatwirtschaftlichen Produktionsform das Wort reden, versteht sich am Rande; denn es läßt sich beweisen, daß sie Erfolg hatte, und schließlich soll ja auch ein sozialisierter Betrieb Erfolg haben, Erfolg für die in ihm tätige Gemeinschaft. Oder sozialisiert man den Betrieb um des zu erwartenden Verlustes willen?

Wir streben also an, solchen Betrieben die Vorteile der privatwirtschaftlichen Arbeitsweise zu sichern, gerade weil sie jetzt nicht mehr nur wenigen Kapitalisten zugute kommen, und das entspricht dem Wort, das auf dem Parteitag der Liberal-Demokratischen Partei des Jahres 1946 gesagt wurde, dem Wort „kapitalistisch produzieren und sozial verteilen“. Es entspricht weiter der bereits oben erhobenen Forderung nach einem direkten, unmittelbaren Vorteil für die am Werk Tätigen. Diese Forderung wird auch deren eigene sein müssen, und wer ihr in den Weg tritt, steht dem natürlichen Vorwärtskommen des Arbeitnehmers im Wege!

Diese Forderung läßt sich auch erfüllen. Es liegen bereits Vorschläge vor, die zur gegebenen Zeit zur Diskussion gestellt werden können und die auch Gewähr dafür bieten, daß eine Organisationsform gefunden wird, bei deren Anwendung die Unternehmen nicht schwerfälliger oder langsamer arbeiten als die großen kapitalistischen Aktiengesellschaften und Trusts.